Es wird hier kein Bürgermeister gewählt

Auf der Pegelstand-Veranstaltung zur Bezirkswahl stellten acht Kandidat*innen ihre Programme vor

Keine Bürgermeister*innen, aber "Kümmerer". Die Kandidat*innen auf dem Pegelstand. Foto: hk

hk. Das geringe Interesse an der Wahl zu den Hamburger Bezirksversammlungen, hat sicher unter anderem mit der geringen Kompetenz der Bezirke im Stadtstaat Hamburg zu tun. Auch die Pegelstandveranstaltung des Vereins Zukunft Elbinsel zur kommenden Wahl am 26.5. war nur mittelmäßig besucht. Dabei hatte der Pegelstand das genannte Problem zum Thema gemacht. Obwohl Wilhelmsburg keine eigene politische Vertretung hat wie etwa Städte gleicher Größe, hieß es im Aufrufflugblatt, wolle man Kandidat* innen zum Pegelstand einladen, die sich als „Bürgermeister*in von Wilhelmsburg" verstehen würden – im Falle ihrer Wahl. In einem Anschreiben wurden sie um Stellungnahmen unter anderem zu den Verkehrsproblemen, zur Wohnungsfrage, zum Grün-Erhalt gebeten (siehe auch WIR 4/19). Von den siebzehn Bewerber*innenn nahmen dann acht ausgewählte Kandidat*innen teil: von der SPD Klaus Lübke und Natalie Kontny, die wegen eines anderen Termins schriftlich Stellung nahm; Jörn Frommann, CDU; Jan Prahm, Sonja Lattwesen und Rainer Roszak, GRÜNE; Christine Wolfram, LINKE und Timo Fischer, FDP. Die AFD, so Moderator Hartmut Sauer, habe der Verein nicht angeschrieben, weil ihre Programmatik und Praxis dem multikulturellen, offenen Charakter Wilhelmsburgs diametral entgegenstehe.

Mehrere Kandidat*innen begannen ihr Statement damit, dass die Elbinsel ja ein schlechtes Image habe, aber sie lebten gern hier und fühlten sich wohl.

Etliche Themen wie Bildung, Arbeit oder der Naturschutz konnten in der begrenzten Zeit nur gestreift werden.

Das Hauptanliegen war die Verkehrsanbindung der Elbinseln. Quer durch alle Parteien wurde betont, man wolle sich für die schnelle Verlängerung der U4 und den Wochenendbetrieb der Fähre 73 einsetzen. Klaus Lübke wies dann darauf hin, dass die U4 ja nicht kurzfristig zu erreichen sei und er sich in der nächsten Legislatur deshalb auf bessere Busanbindung und die Fähre konzentrieren wolle. Jan Prahm fügte noch an, dass der Autoverkehr „auf das Notwendige" reduziert werden solle.

In der Frage des Wohnungsbaus und der A26 argumentierten die Kandidat*innen eher an ihrer jeweiligen „Parteilinie" entlang. Christine Wolfram forderte mehr Wohnungen nach dem 1. Förderweg und verwies auf das Wiener Modell; Timo Fischer meinte, das Rezept sei „bauen, bauen, bauen" und man müsse unnötige Bauvorschriften verbieten; Natalie Kontny lobte in ihrem Statement den geplanten Wohnungsbau auf dem A26-Deckel, den Jörn Frommann hingegen scharf kritisierte.

Zur A26 sagten Vertreter der im Rathaus regierenden SPD und GRÜNEN etwa, sie seien eigentlich dagegen, aber man müsse nun pragmatisch sein, bzw begrüßten die Tunnellösung. Christine Wolfram betonte, dass die LINKE als einzige Partei nach wie vor dagegen stimme. Jörn Frommann befand die A26 als wichtig und gut. Auf seinen Hinweis: „Und was hättet ihr davon, wenn ich in der Bezirksversammlung dagegen Stimme würde", rief ein Teilnehmer aus dem Publikum, aber man könne doch wenigstens Position beziehen, auch wenn man gegebenenfalls Ärger mit der Rathausfraktion seiner jeweiligen Partei bekomme.

Dieser kleine Disput erinnerte an die ursprüngliche „Bürgermeister"-Frage dieses Pegelstandes. Denn wie Liesel Amelingmeyer in einer Einführung in die Geschichte des Bezirks sagte, wir wählen am 26. Mai natürlich keinen „Bürgermeister" für Wilhelmsburg, sondern Abgeordnete für die Bezirksversammlung Mitte mit ihren eingeschränkten Kompetenzen. In der Diskussion zeigte sich auch, was Bezirksabgeordnete in „kleinen" Fragen wie der Sanierung von Sportplätzen und der Arztversorgung bewegen können, z.T. wie Liesel Amelingmeyer einwarf, „über Parteigrenzen hinweg" und sicher oft nur mit Hilfe von außerparlamentarischen Initiativen. Die „Bürgermeister"-Frage, d.h. die Auflösung Hamburgs als Einheitsgemeinde und die Schaffung kommunaler Selbstverwaltung der Bezirke, wie sie unter anderem der Verein „Mehr Demoratie" fordert, sollte vielleicht einmal auf einem Extra-Pegelstand diskutiert werden. Auch um das berechtigte Bestreben um kommunale Selbstverwaltung gegen die verbreiteten Tendenzen zur „Kleinstaaterei" abzugrenzen: „Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht." Hartmut Sauers launiger Schlussatz auf dem Pegelstand „Wilhelmsburg first" ist da – nicht nur wegen Donald Trump – wohl im Ernst keine gute Parole.

17 Bewerbungen

Auf das Anschreiben des Vereins Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V. wurden siebzehn Bewerbungen eingereicht. Eine unabhängige Jury wählte aus den anonymisierten Bewerbungen acht aus. Die ausgewählten acht Kandidat*innen wurden zum Wahl-Pegelstand eingeladen. Alle siebzehn eingereichten Konzepte können auf www.zukunft-elbinsel.de und www.inselrundblick.de nachgelesen werden.